

■ Editorial

Als einer der wichtigsten Bestimmungsfaktoren für die Zukunft Deutschlands ist der Demographische Wandel in aller Munde. Die Fachdiskussion ist sich darüber einig, dass die zugehörigen Veränderungen spätestens ab 2020 auch auf der kommunalen Ebene drastisch spürbar sein werden. Mit den zu erwartenden Bevölkerungsrückgängen, den Verschiebungen in der Altersstruktur, wegziehenden Arbeitskräften sowie verstärkten Leerständen eröffnen sich neue Aufgabenfelder, die es sowohl gesamtstaatlich als auch städtebaulich zu beherrschen gilt.

Der Demographische Wandel fordert alle Kommunen heraus: Wie werden die Generationen zusammen leben? Wie können wir vor Ort mit den Lebensvorstellungen einer ständig älter werdenden Einwohnerschaft umgehen? Wie kinder- und altenfreundlich können/müssen unsere Kommunen sein? Dies sind nur einige Fragen, mit denen sich Städte und Gemeinden bereits heute beschäftigen müssen, um angemessen auf die

drohenden Auswirkungen vorbereitet zu sein. Die Art und Weise, wie Kommunen den Demographischen Wandel vor Ort gestalten, wird über ihre Zukunftsfähigkeit und die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger entscheiden. Vor diesem Hintergrund sind insbesondere Entscheider in Verwaltung und Politik, aber auch jeder einzelne Bürger aufgefordert, demographie-sensible Kommunalpolitik voran zu treiben und zu unterstützen, um vorhandene Handlungsspielräume nicht zu verlieren.

Die vorliegende Ausgabe von isu-aktuell will sich dem vielschichtigen Thema des Demographischen Wandels auf kommunaler Ebene annähern. Dazu wird zunächst auf absehbare Betroffenheiten hingewiesen, bevor eine mögliche praktische Herangehensweise in Bezug auf die Bewältigung der lokalen Auswirkungen entworfen wird. Die aktuelle wissenschaftliche Fachdiskussion wird dabei gleichermaßen wie erste praktische Erfahrungen berücksichtigt.

■ Thema

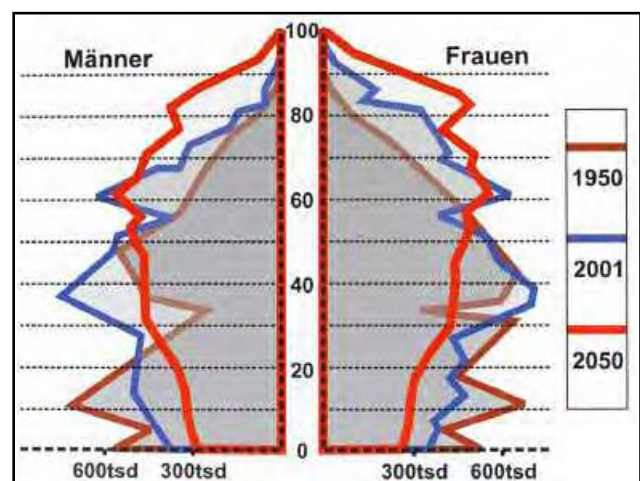
Demographischer Wandel – Betroffenheit und Bewältigung in Kommunen

DIE GRUNDLEGENDEN TRENDS

Weniger: Ende 2005 haben ca. 82,5 Mio. Menschen in Deutschland gelebt. Das Statistische Bundesamt prognostizierte 2003, dass die Bevölkerungszahl ab dem Jahr 2013 zurückgehen und bis 2050 auf das Niveau des Jahres 1963 (75 Mio. Einwohner) sinken wird. Für Rheinland-Pfalz rechnet das Statistische Landesamt bis 2050 mit einem Bevölkerungsrückgang um 700.000 auf 3,3 Mio. Menschen (- 17,5 %).

Maßgeblicher Grund für diese Entwicklung ist die seit Jahrzehnten konstant niedrige Geburtenrate von ca. 1,4 Kindern pro Frau. Zur Bestandserhaltung ist ein Wert von 2,1 notwendig. Folglich ist jede nachfolgende Generation in Deutschland ein Drittel kleiner als ihre Elterngeneration. Wanderungen bzw. Zuzüge können diesen Trend vielerorts nicht mehr ausgleichen.

Älter: Noch schwerwiegender ist der damit einhergehende Alterungsprozess der Bevölkerung zu bewerten. Während heute in Deutschland genauso viele Menschen unter 20 wie über 60 Jahren leben, wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen von gegenwärtig etwa 17 Mio. bis 2050 auf 12 Mio. Menschen zurückgehen, wohingegen die Gruppe der mindestens 60-Jährigen mit 28 Mio. fast zweieinhalb mal so groß sein wird.



Alterspyramiden – Altersaufbau in Deutschland 1950/2001/2050; (Quelle: www.destatis.de/basis/d/bevoe/bevoegra2.php. Stand 14.08.2006)

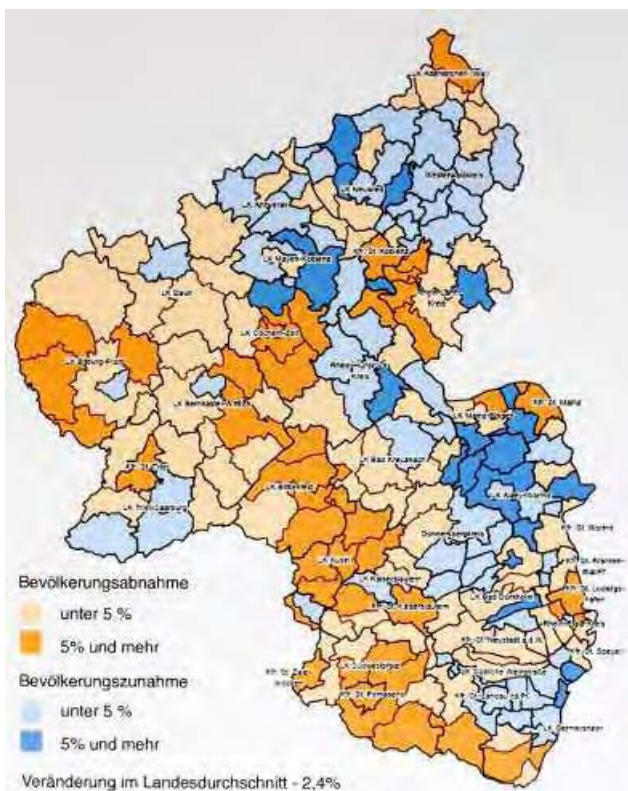
In Rheinland-Pfalz wird sich die Altersstruktur bereits bis 2015 nachhaltig verändern: 3-6jährige minus bis zu 21 %, 6-12jährige minus 15 %, 75 Jahre und älter plus 35 bis 40 %. Bis 2050 wird sich auch hier die Altersstruktur noch weiter gravierend verschieben.

Festzuhalten ist, dass in Kommunen, die vom Effekt der Bevölkerungsabnahme weniger betroffen sind, in jedem Fall Probleme durch Bevölkerungsüberalterung auftreten werden.

Kleinere Haushalte: Zunehmend entwickeln sich neue Lebensstile – etwa durch das Vordringen kinderloser Zwei-Personen-Haushalte. Es gibt bereits heute in Deutschland über 33 % Zwei-Personen-Haushalte, während Drei-Personen-Haushalte nur noch 14,7 % ausmachen.

Bunter: Vor allem die mittleren und größeren deutschen Städte werden durch Zuzüge von Migranten immer „bunter“. Diese Vielfalt ist für die Kommunalentwicklung besonders wegen des stattfindenden Wandels in der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung von großer Bedeutung.

Regionale Unterschiede: Einen weiteren Trend der demographischen Entwicklung stellen regionale Unterschiede dar. Grund dafür sind vor allem Wanderungsbewegungen. Z.B. haben Abwanderungen aus den neuen Bundesländern seit 1990 zu einem Bevölkerungsverlust von insgesamt 1,5 Mio. zumeist junger Einwohner geführt. In den alten Ländern sind neben dem Ruhrgebiet und monostrukturierten Städten insbesondere auch das Saarland sowie strukturschwache ländliche Regionen von negativen Auswirkungen betroffen. Demgegenüber stehen allerdings auch Räume mit zum Teil erheblichem Bevölkerungswachstum. Ursache hierfür sind regelmäßig positive wirtschaftliche Rahmendaten sowie eine hohe Attraktivität.



Statist. Landesamt Rheinland-Pfalz: Prognose der Bevölkerungsentwicklung in kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden, 2000-2015; [Quelle: www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/2005/07-2005-403.pdf, Stand 14. Aug. 2006]

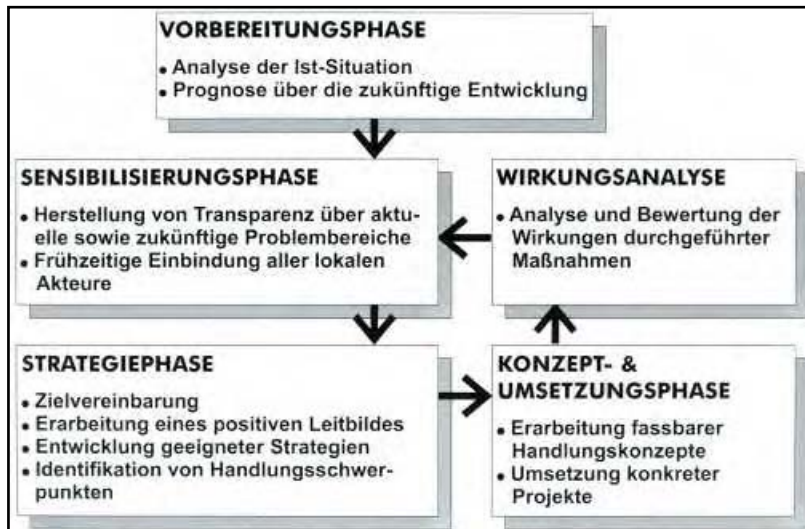
AUSWIRKUNGEN AUF DIE KOMMUNALE EBENE

Die Effekte und Konsequenzen des Demographischen Wandels sind komplex und betreffen nahezu alle Lebensbereiche und Politikfelder (Arbeitsmarkt, Immobilienmarkt, Sozialversicherungssysteme, Bildungssysteme, öffentliche Haushalte, usw.). Die demographischen Effekte werden sich ebenso auf die Stadt- und Dorfentwicklung auswirken und können zu einer vielfach negativen Veränderung von Kommunen führen.

- Der Bedarf an Kindergärten wird durch die sinkende Nachfrage nach Kindergartenplätzen zurückgehen. Die gleichen Effekte treten zeitlich verzögert bei den Grundschulen ein.
- Ebenso wird sich die Nachfrage am Wohnungsmarkt und nach Gewerbeansiedlungen verändern. Durch kleinere Haushalte mit immer älteren Bewohnern werden Teile des Wohnungsbestandes nicht mehr absetzbar sein und in bestimmten Bereichen Mietpreise sinken. Vielfach werden überwiegend in den Kernlagen immer mehr Gebäude leer stehen, da die Nachfrage nach Einfamilienhäusern in kommunalen Randbereichen oder dem Umland wahrscheinlich mit gebremster Intensität anhalten wird. Fehlende Innenentwicklung führt zu einer Ausdünnung der Siedlungsstruktur und zunehmender Zersiedlung. Damit werden auch die Folgen einer expansiven Bauleitplanung deutlich, die es im Außenbereich kritisch zu hinterfragen gilt.
- Schrumpfende Kundenzahlen und sinkende Kaufkraft senken die Attraktivität bestimmter Räume für Handels- und Dienstleistungsbetriebe. Der Laden, der Friseur oder die Bank um die Ecke werden noch seltener werden. Eine schwieriger werdende ärztliche Nahversorgung wird besonders ältere Menschen schmerzlich treffen.
- Auch die Auslastung von Infrastruktureinrichtungen wird sich verändern. Neben der Nachfrage nach Einrichtungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Kinderkrippen, Schulen und Pflegeeinrichtungen wird die Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungsinfrastruktur insgesamt zurückgehen. Demgegenüber steigt der Bedarf an Barrierefreiheit und Mobilität für Senioren sowie an seniorengerechten Wohnformen.
- Einher geht eine zunehmende Belastung öffentlicher Haushalte durch Finanzierung wirtschaftlich nicht mehr tragfähiger Einrichtungen. Auf die allgemeine Wirtschaftsentwicklung werden sich wahrscheinlich vielfach Umsatzeinbrüche, Geschäftsschließungen sowie ein zunehmender Mangel an qualifizierten Arbeitskräften auswirken.

Pauschal werden sich die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs verstärkt im ländlichen Raum konzentrieren. Die Effekte der Überalterung werden in allen Teilräumen Deutschlands auftreten. Die Trends zu kleineren Haushalten und steigender Vielfalt der Bevölkerung werden besonders in verdichteten Räumen zu beobachten sein.

Diese Szenarien stellen die in zahlreichen Fachkreisen herrschende Meinung dar. Nicht unerwähnt bleiben sollen jedoch auch bestehende Chancen, die sich z.B. in einzelnen Gegenbewegungen wie „Zuzüge in Innenstädten“ ausdrücken.



STRATEGIE ZUR BEWÄLTIGUNG IN DER KOMMUNALEN PRAXIS

Die absehbaren Auswirkungen zeigen, dass die alten „Wachstumspfade“ zukünftig nicht weiter beschritten werden können. Dennoch ist der Demographische Wandel auch Chance für mehr Qualität in unseren Kommunen. „Weniger kann mehr sein“, um sich im stärker werdenden Wettbewerb um Einwohner zu behaupten.

Die räumliche Planung besitzt keine unmittelbaren Möglichkeiten, demographischen Prozessen entgegen zu wirken. Sie kann aber Strategien entwickeln, die sich querschnittsorientiert an die unausweichlichen Folgen demographischer Veränderungen anpassen und ihnen wirksam entgegentreten. Folgende Vorgehensweise kann bei der Bewältigung des demographischen Wandels auf kommunaler Ebene sinnvoll sein (sie lehnt sich an einen von der Bertelsmann-Stiftung vorgeschlagenen Strategiezyklus an; siehe oben):

Vorbereitungsphase

Ausführliche Analyse der Ist-Situation: Dabei kann auf eine Vielzahl zur Verfügung stehender statistischer Grunddaten zurückgegriffen werden, die einen guten Einblick in bereits vollzogene Veränderungen der Bevölkerungsstruktur ermöglichen. Eine Analyse der Ortsstruktur liefert Aufschlüsse darüber, inwieweit demographische Prozesse bereits Auswirkungen auf die Struktur in der Kommune hatten. Vorhandene Erkenntnisse aus der Schulplanung, über Leerstände oder zur Versorgungssituation können hier hilfreich sein.

Eine Prognose über die zukünftige Entwicklung der demographischen Kennzahlen kann auf absehbare Herausforderungen hinweisen. Auch hier kann auf eine vorhandene Informationsbasis einschlägiger Veröffentlichungen zurückgegriffen werden.

Die Analyseergebnisse sollen konkret die räumlichen und thematischen Bereiche benennen, die entscheidend für die Bewältigung der bestehenden oder absehbaren demographiebedingten Probleme vor Ort sind und die aktiv gesteuert werden sollen.

Sensibilisierungsphase

Da der Demographische Wandel nahezu alle kommunalen Aufgabenbereiche betrifft, ist es notwendig, allen Akteuren und Ressorts sowie der Öffentlichkeit die Effekte bewusst zu machen. Ferner gilt es, zu einem aufeinander abgestimmten Handeln aufzufordern, da nur so die anstehenden Herausforderungen bewältigt werden können. Da Erfolge nur langfristig erzielt werden können, muss die Kommunalpolitik von einer kurzfristigen zu einer langfristigen Planung umdenken. Verwaltungen müssen zur intensiven, ressortübergreifenden Zusammenarbeit bereit sein und die Öffentlichkeit muss davon überzeugt werden, dass ihr endogenes Potenzial entscheidend ist.

Strategiephase

Darauf aufbauend ist zu klären, welche Ziele bei der Gestaltung des Wandels realistischerweise verfolgt werden sollen (z.B. mittels Szenariotechnik). Dabei kann es Ziel sein, weiter zu wachsen, zu stagnieren oder langsam und kontrolliert zu schrumpfen. Alle Ziele müssen realistisch sein. Sinnvollerweise ist das kommunale Vorgehen unter ein positives Leitbild zu stellen, welches die Kernpunkte der angestrebten Entwicklung zusammenfasst.

Daraus lassen sich politische Strategien ableiten, an die sich Handlungskonzepte anschließen. In der Praxis ist häufig eine Doppelstrategie anzutreffen, bei der sektorenweise Wachstums- bzw. Stagnationsziele mit einer geordneten Schrumpfung verbunden werden. Maßnahmen, die den demographischen Trend bremsen und umkehren, werden mit solchen kombiniert, die die negativen Effekte abfedern. Die strategischen Überlegungen sind in Handlungsschwerpunkte überzuleiten. Zur Erreichung einer größtmöglichen Effizienz ist es unbedingt notwendig, die einzelnen Bausteine in ihrer Gesamtheit zu betrachten.

In Anlehnung an eine z.B. im Landkreis Osnabrück praktizierte Vorgehensweise aus Präventions- und Anpassungsstrategie können sich u.a. folgende Schwerpunkte ergeben:

Präventionsstrategie

- Familien- und Kinderfreundlichkeit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Integration von Neubürgern
- Unterstützung der lokalen Wirtschaft zur Schaffung attraktiver Arbeitsplatzangebote

Anpassungsstrategie

- Seniorengerecht handeln: Ausbau altengerechten Wohnens, Optimierung der Altenhilfe, „Lebenslanges Lernen“
- Bauliche Entwicklung anpassen: Konzentration auf Innenentwicklung, Entwicklung neuer Wohnmodelle
- Sicherung, Anpassung und Weiterentwicklung wohnortnaher Infrastruktur: Mehrfachnutzungen, Zusammenlegungen, mobile Leistungen, Schließung/Rückbau

BEISPIELE KONKRETER MASSNAHMEN UND PROJEKTE ZUM UMGANG MIT DEMOGRAPHISCHEN VERÄNDERUNGEN

Konzept- und Umsetzungsphase

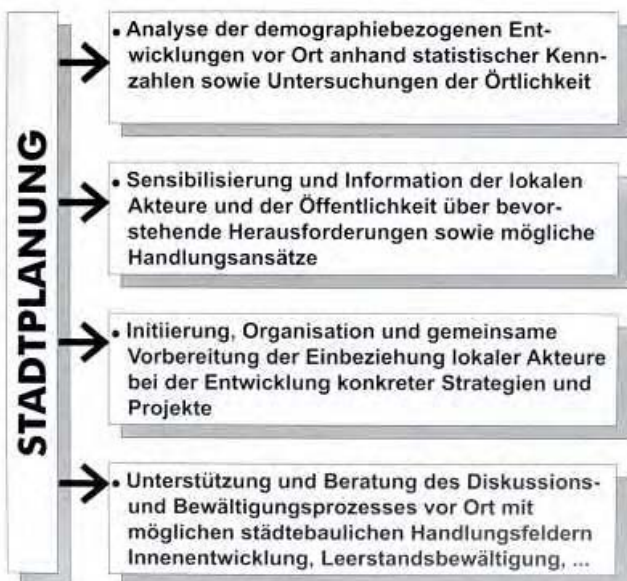
Die Handlungsschwerpunkte müssen in einem querschnittsorientierten Gesamtkonzept mit realisierbaren Maßnahmen umgesetzt werden. Dabei ist eine Vielzahl konkreter Projekte denkbar, die es unter Einbeziehung der jeweils verantwortlichen Akteure zu verwirklichen gilt. Sie stehen dabei häufig unter folgenden Überschriften:

- **Familienfreundlichkeit;** Schaffung von Wohnanreizen für junge Familien, Kinderbetreuung, Familienbildung, ...
- **Miteinander der Generationen;** Jung hilft Alt, Alt hilft Jung, ...
- **Seniorengerechtigkeit;** Altenbetreuung/-hilfe, Seniorenweiterbildung, ...
- **Bauliche Entwicklung;** Planen im Bestand, Leerstandsmanagement, Barrierefreiheit, neue Wohnformen für Senioren, Mehrgenerationenprojekte, ...

Folgende konkrete Einzelprojekte werden zur Gestaltung des Demographischen Wandels bereits heute z.B. in Westerbürg im Westerwald verfolgt:

- Westerwälder Clown-Doktoren – Ehrenamtliche besuchen Kinder am Krankenbett
- Ehrenamtsbörse „Bürger-Aktiv-Westerwald“ – Job-Vermittlung für Ehrenamtssuchende/-anbieter
- Senioren-Schreibwerkstatt – Autobiographiearbeit zur Sicherung von Erfahrungswissen für nachfolgende Generationen
- Senioren surfen im Internet – Einführung in das Internet in Zusammenarbeit mit einem Wirtschaftsgymnasium
- Generationenkabarett – Jüngere und Ältere schreiben und führen Kabarett gemeinsam auf

WAS KANN DIE STADTPLANUNG ZUR BEWÄLTIGUNG DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS BEITRAGEN?



WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN UND DATENQUELLEN

Bevölkerungsvorausrechnungen des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz

Mitte 2005 wurden tief regionalisierte Daten zur Bevölkerungsentwicklung für die Ebene der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden vorgelegt. Diese Vorausrechnungen können zur lokalen Abschätzung der zukünftigen Bevölkerungssituation verwendet werden. Die Berechnungen basieren auf der „mittleren“ Variante der Modellrechnungen für Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2015.

Detaillierte Ergebnisse unter www.statistik.rlp.de/analysen/demographie/index.html. Entsprechende Daten stellen auch die Statistischen Landesämter anderer Bundesländer zur Verfügung (z.B. www.lids.nrw.de oder www.statistik.baden-wuerttemberg.de).

Studie des Berlin-Instituts zur Bewertung der „Zukunftsfähigkeit“

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat Indikatoren analysiert, um die „Zukunftsfähigkeit“ der deutschen Landkreise und kreisfreien Städte bis zum Jahr 2020 vergleichbar zu bewerten. Schwerpunkte sind dabei Demographie, Wirtschaft, Ausländerintegration, Bildung, Familienfreundlichkeit und Flächennutzung.

Ergebnis der Studie können für alle Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands unter www.berlin-institut.org/index1.html eingesehen werden.

Interessante Links und Initiativen zum Umgang mit dem Thema „Demographischer Wandel“ (Stand 14.08.06)

- Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestags (2002): <http://dip.bundestag.de/btd/14/088/1408800.pdf>
- Statistisches Bundesamt – u. a. Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2050: www.destatis.de
- Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz – Zukunftsradar 2030 inklusive Projektdatenbank: www.zukunftsradar2030.de
- Aktion Demographischer Wandel der Bertelsmann Stiftung mit Praxisbeispielen aus Kommune und Region: <http://demographiekonkret.aktion2050.de>
- Service-Portal „Familienfreundliche Kommune“ mit Praxisbeispielen: www.familienfreundliche-kommune.de/FFKom/Praxisbeispiele
- Internetauftritt des Landkreises Osnabrück: www.landkreis-osnabrueck.de

Impressum: isu-aktuell ist eine Veröffentlichung des Planungsbüros isu. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigungen, auch auszugsweise, Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen zu kommerziellen Zwecken nur mit schriftlicher Genehmigung des Büros isu.

Herausgeber: isu – Immissionsschutz, Städtebau, Umweltplanung
Jung-Stilling-Straße 19 · 67663 Kaiserslautern
Telefon (0631) 31 09 05 90 · Telefax (0631) 31 09 05 92
E-Mail: info-kl@i-s-u.de

Redaktion: Dipl.-Ing. Michael Theis, Dipl.-Ing. Günter Beckermann

DTP-Realisation: BohnFoto&Design, 54636 Trimport

Copyright: Inhalte, Konzept und Layout unterliegen dem Urheberrecht.